



Proletariat

Gespräch mit Philippe Martinez. Über Angriffe auf das französische Arbeitsrecht, das Verhältnis der Gewerkschaften zueinander und die Bedeutung von »Liberté, Egalité, Fraternité«. Schwarzer Kanal zur »Verfassungsschutzfolklore« der SZ. Reportage von »Pride Parade« in Berlin

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 22./23. JULI 2017 · NR. 168 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Opponieren Die Sturheit der PiS beim Durchsetzen der »Justizreform« belebt in Polen die Proteste neu 3	Aburteilen Freiheitsstrafe im Hamburger PKK-Prozess: Richter sieht kein Widerstandsrecht in der Türkei 4	Rauskehren Neurosen sind allgegenwärtig. Sie zu bannen, bedarf es eines guten Umgangs mit sich selbst 12	Aufbegehren Vor 50 Jahren entlud sich die Wut der rassistisch diskriminierten Afroamerikaner in Detroit 15
--	--	--	--

Vorwärts
und nicht
vergessen

Zum Wahlkampfauftakt gibt sich Die Linke handzahn. Kapitalismus abschaffen? Vorerst nicht.

Von Anselm Lenz

Im Solidaritätslied von Brecht und Eisler werden vier Silben des Wortes Solidarität auf einer Tonhöhe gesungen. Die fünfte Silbe einen Halbton tiefer

Die Partei Die Linke kann sich für die Bundestagswahl gute Chancen ausrechnen. Doch für die Präsentation ihrer Kampagne am Freitag traute sie sich nicht nach draußen. Im engen Innenhof des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin saßen Mitarbeiter auf Campingmöbeln, während Presseleute und Kampagnenchefs mit defekten Mikrofonen und Hitzestau kämpften. Spitzenkandidat Dietmar Bartsch und Wahlkampfmanager Matthias Höhn gaben die Richtung vor: »Mitte-links-Bündnis«. Ziel sei ein »zweistelliges« Wahlergebnis, auf jeden Fall will Die Linke »drittstärkste Kraft« im Bundestag bleiben. Das Spitzen-duo mit den Fraktionsvorsitzenden Bartsch und Sahra Wagenknecht soll von den Parteichefs Katja Kipping und Bernd Riexinger flankiert werden. Jeder wird ein eigenes Plakatmotiv bekommen.

Kinderarmut, Lohnpolitik, Frieden, Rente, Pflege, Mieten, Antifaschismus und Reichenbesteuerung sind die Themen, mit denen Die Linke künftig an Laternenpfählen werben will. »Bunt wie das Leben«, findet Wahlkampfmanager Höhn die Abweichung von der klaren Gestaltungslinie der letzten 25 Jahre mit den schwarzen Slogans, klaren Forderungen und dem roten Partei-**logo**. Die Hartz-IV-Gesetzgebung wird nicht mehr explizit thematisiert, dafür gibt es ein Goldkettchenmotiv mit dem Slogan »Gerecht«. So weit, so sozialdemokratisch. Beim enthüllten Großplakat kehrt die Klarheit allerdings noch einmal wieder: Das »Weiter so!« wird dick durchgestrichen. Was bleiben soll, ist »Lust auf die Linke!«

Nachdem die Befürworter einer »rot-rot-grünen« Regierungskoalition beim Hannoveraner Parteitag im Juni noch in die Schranken verwiesen worden waren, soll der Wahlkampf

nun voll und ganz auf »realpolitische Themen« abheben. Bartsch betonte, es werde im Zuge einer Regierungsbeteiligung »in keinem Fall zu Enteignungen kommen«. Die instabile EU sehe er als »Gefahr für Europa«. Rüstungsexporte müssten zunächst reduziert und langfristig eingestellt werden. Damit möchte die Linkspartei ans Eingemachte gehen, Aussichten auf die Möglichkeit einer anderen Welt gibt es hier keine. Bestätigung finden die Kampagnentüftler jedenfalls in den Umfragewerten von konstant etwa neun Prozent der potentiellen Wählerstimmen.

Der SPD-Kanzlerkandidat auf verlorenem Posten, Martin Schulz, schritt unterdessen die Gärten des Élysée-Palastes in Paris ab. Am Donnerstagabend hatte er mit dem neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron konferiert und sah eine »enorme Übereinstimmung« bei den notwendigen »Reformschritten« der EU. Kanzlerin

Angela Merkel habe »Europa zu oft einen eisernen Händedruck geboten, zu selten die Hand gereicht«, gab sich Schulz am Niedergang der EU unbeteiligt. Bei der Zerstörung Griechenlands und dem demokratischen Votum gegen die deutsch-französisch-niederländische Wirtschaftsexpansion hatte er sich noch klar zum Neo-Thatcherismus seiner Partei in der Regierungskoalition bekannt: Austerität, Exportwalze, Demütigung der kleineren Partner.

Auch die Grünen läuteten am Freitag in Berlin ihren Wahlkampf ein. Spitzenkandidat Cem Özdemir meinte: »Das Rennen um Platz drei ist tatsächlich eröffnet«. Dem **ZDF-»Politbarometer«** vom Freitag zufolge, auf das er sich bezog, seien Linke, Grüne, FDP und AfD mit jeweils acht Prozent der Stimmen gleichauf im Rennen um die Bronzemedaille – hinter den Parteien der bisherigen und künftigen Regierungskoalition.

Türkei-Politik: Waffenexporte auf Eis

Berlin. Die Bundesregierung hat geplante und bereits bestehende Rüstungsprojekte mit der Türkei vorläufig auf Eis gelegt. »Es kommen derzeit alle Anträge für Rüstungsexporte auf den Prüfstand«, sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums am Freitag in Berlin. Bisher galt die Lieferung von Rüstungsgütern im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft der Türkei als weitgehend unproblematisch. Schon Ende März hatte *Bild* ähnliches berichtet. Rüstungsprojekte mit der Türkei würden demnach seit dem Putschversuch vor einem Jahr genauer geprüft. Seit Januar 2016 habe die Bundesregierung nach Angaben des Wirtschaftsministeriums elf Anträge abgelehnt. Im vergangenen Jahr seien Genehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 83,9 Millionen Euro erteilt worden. Der Konzern Rheinmetall plant zudem den Bau einer Panzerfabrik in der Türkei. (dpa/jW)

■ Siehe Seiten 4 und 8

jW wird herausgegeben von 2.061 Genossinnen und Genossen (Stand 7.7.2017)
■ www.jungewelt.de/lpg



IWF bleibt im Stand-by-Modus

Währungsfonds leiht Athen 1,6 Milliarden Euro und fordert Schuldenerleichterung

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am Donnerstag (Ortszeit) in Washington dem Vorschlag von Direktorin Christine Lagarde im Grundsatz zugestimmt, Griechenland einen Kredit von 1,6 Milliarden Euro zu gewähren. Das »Stand-by-Arrangement« sei jedoch an die Bereitschaft der Europäischen Union geknüpft, dem Land Schuldenerleichterungen einzuräumen.

Eine zeitliche Begrenzung, innerhalb der eine Einigung erzielt werden muss, gebe es nicht, sagte die Leiterin der IWF-Griechenland-Mission, Delia Velculescu. »Griechenland ist nicht in der Lage, die Nachhaltigkeit seiner Schulden zu erreichen, und braucht Erleichterungen seiner europäischen Geldgeber«, ergänzte Lagarde. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass Einigkeit erreicht werden könne. Ein Schuldenschnitt sei dazu aus Sicht des IWF nicht notwendig.

Es sei mit den europäischen Geldgebern vereinbart worden, dass Griechenland bis zum Jahr 2020 einen Primärüberschuss – Mehreinnahmen im Staatshaushalt ohne neue Kreditaufnahme – von 3,5 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts vorlegen müsse, betonte Velculescu. Danach solle diese Zielsetzung aber so schnell wie möglich auf 1,5 Prozent zurückgefahren werden. »Es muss Raum geschaffen werden für bessere Sozialleistungen, um öffentliche Investitionen zu stimulieren und Steuern zu senken, um Wachstum zu unterstützen«, sagte Lagarde.

Die Beteiligung des IWF ist laut Bundestagsbeschluss auch Voraussetzung für deutsche Beiträge. Der Fonds fordert seit längerem von den Geldgebern der EU Schuldenerleichterungen für Griechenland. Deutschland lehnt dies weitgehend ab. Vor allem die USA als größter Anteilseigner des IWF haben den Fonds zur Zurückhaltung in der Griechenland-Frage gedrängt. Der Euro-Rettungsfonds ESM hatte bereits am 7. Juli eine weitere Zahlung in Höhe von 7,7 Milliarden Euro bewilligt. Damit erhöht sich die Kreditsumme des ESM an Griechenland auf 180 Milliarden Euro. Der Bevölkerung soll davon nichts zugute kommen. Der Großteil ist zur Tilgung fälliger Altschulden vorgesehen. (Reuters/jW)